

# Finther SPD-Brief

Liebe Fintherinnen, liebe Finther,  
unser SPD-Ortsverein hat mich zum Ortsvorsteher-Kandidaten gewählt. Das bedeutet für mich eine große Herausforderung, die ich aber gern annehme.

Der Amtsinhaber hat einen Vorsprung, weil er nahezu zehn Jahr lang „auf allen Hochzeiten tanzen“ konnte. Erlauben Sie mir deshalb, mich kurz vorzustellen, obwohl uns noch mehr als ein halbes Jahr von der Kommunalwahl trennt.

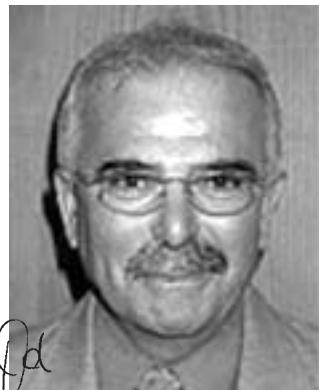
Nach dem Finther Sprachgebrauch werde ich sicher noch als Neubürger eingestuft, obwohl ich seit 1978 hier wohne. Als 50-Jähriger mit zwei erwachsenen Söhnen bringe ich schon ein wenig Lebenserfahrung mit, fühle mich aber jung genug, um neue Aufgaben zu übernehmen.

Vom gelernten Lackierer habe ich mich zum Industriekaufmann weitergebildet und gehöre seit 19 Jahren dem Be-

triebsrat eines Wiesbadener Unternehmens an. Zusätzlich habe ich mich zum Rentenberater ausgebildet.

Seit ich in Finthen wohne, bin ich hier im SPD-Ortsverein aktiv; im März dieses Jahres wurde ich zum Vorsitzenden gewählt. Als Bewohner der „Römerquelle“ engagiere ich mich im Projekt „Soziale Stadt“. Seit zwei Jahren biete ich kostenlose Rentenberatungen an.

Falls Sie weitere Informationen wünschen, fragen Sie ruhig - vielleicht per e-mail: [m.mahle@t-online.de](mailto:m.mahle@t-online.de)



Manfred Mahle

## Mehr Wohnungen für weniger Menschen?

Mainz genießt eine in der Bundesrepublik einmalig hohe Beliebtheit als Wohnstandort. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie, die Wirtschaftsdezernent Ringhoffer (FDP), in der November-Sitzung des Ortsbeirats Finthen vorstellte. Weitere Ergebnisse: In den vergangenen Jahren sind die Einwohnerzahlen (nicht nur in Mainz) zurückgegangen, aber die Zahl der Wohnungen ist dennoch gestiegen. In den nächsten sieben Jahren wird Mainz weiter um mehr als 30.000 Einwohner schrumpfen. Für den gleichen Zeitraum meldet die Studie den Bedarf von 15.000 zusätzlichen Wohnungen an.

Die CDU-Fraktion sah es damit als bewiesen an, dass nicht nur Mainz, sondern auch Finthen neue Baugebiete brauche, und lenkte so auf ihre Lieblingsförderung nach einem (von der SPD wegen der zusätzlichen Verkehrsbelastung abgelehnten) Baugebiet Finthen-West.

Für die SPD-Fraktion passen die Zahlen - 15.000 zusätzliche Wohnungen bei 30.000 weniger Einwohnern - nicht zusammen. Sie wies darauf hin, dass vor Jahren schon einmal der Bedarf von 10.000 Wohnungen ermittelt worden war (auf dieser Grundlage wurde der Layenhof als Stadtteil geplant) und

nachdem relativ wenige Häuser der US-Wohnsiedlungen freigegeben waren, hatte sich der Bedarf plötzlich gegen Null gesenkt. Damals wie heute wurde offenbar in die Prognosen nicht eingerechnet, dass Wohnungssuchende in den meisten Fällen auch Wohnungsinhaber sind, das heißt, sie machen eine Wohnung frei, sobald sie eine andere gefunden haben.

Ähnlich wie die CDU-Fraktion ist auch der Wirtschaftsdezernent überzeugt, in den nächsten sieben Jahren müsse in Mainz möglichst viel, und zwar der Nachfrage entsprechend hochwertig und großzügig bemessen, gebaut werden. Zu dieser Meinung hätte er aber der Studie nicht bedurft. Im Gegenteil: Man kann sich des Eindrucks kaum erwehren, dass das Zahlenwerk mit dem Ziel angelegt wurde, diese vorgefasste Meinung zu untermauern. Zumindest zielte die Präsentation im Ortsbeirat in diese Richtung.

Die Ausgangslage: Ringhoffer möchte verhindern, dass der für die Bundesrepublik zweifellos zu erwartende Rückgang der Bevölkerungszahl auch in Mainz eintritt. Sein Rezept: „Es gibt nur Gewinner und Verlierer“. Mainz soll natürlich zu den Gewinnern gehören. Vor diesem Hintergrund wurde im Orts

beirat nur eine fadenscheinige Analyse des bisherigen Auseinanderdriftens von Einwohner- und Wohnungszahl geliefert. Und die vorgestellte Prognose reicht nur bis 2010. Erst in der Diskussion und eher nebenbei bemerkte Ringhoffer, der Einwohner-Schwund nach 2010 werde stärker als die Wohnungsnachfrage sein.

Natürlich wollen auch wir Mainz nicht auf der Verliererseite sehen. Aber wir fragen uns, was es in diesem Zusammenhang überhaupt zu gewinnen und zu verlieren gibt. Worin liegt der Gewinn, wenn Mainz möglichst viele Einwohner hat? Geht es den großen Städten, wie Frankfurt, Hamburg oder Berlin, vielleicht besser als Mainz? Gewiss, mehr Einwohner bedeuten mehr Steuereinnahmen - aber sie bedeuten auch mehr Kosten. Ohne Einnahmen und Kosten gegenzurechnen sollte man nicht als selbstverständlich hinstellen, dass Mainz nur mit möglichst vielen Einwohnern zu den Gewinnern zählt.

Wenn es denn einen Gewinn einzufahren geben sollte, wollen wir ihn nicht auf Kosten anderer - deren Verlust im Übrigen auf uns zurückwirken würde. Die Probleme, die eine rückläufige Bevölkerungsentwicklung mit sich bringt, lassen sich nur gemeinsam mit dem Umland, vielleicht sogar nur gesamt-europäisch, auf keinen Fall aber nach der Ellbogenmethode „jeder gegen je-

den“ lösen. Wenn die Ballungsräume die Menschen anziehen und so den ländlichen Raum immer mehr ausdünnen, wird dort die Infrastruktur zusammenbrechen. Geschäfte, Postfilialen, Apotheken, Arztpraxen, Kindergärten, Schulen rechnen sich nicht mehr. Die Bewohner der Dörfer müssen für alle Angelegenheiten und Besorgungen weite Wege zurücklegen. Der Öffentliche Personen-Nahverkehr rechnet sich aber auch nicht mehr. Die Zahl der Privatautos und die Zahl der damit gefahrenen Kilometer steigt. Die Flut des Individualverkehrs bleibt nicht im ländlichen Raum, sie wird auch die Ballungsräume überschwemmen.

Die SPD ist nicht grundsätzlich gegen neue Baugebiete. Schließlich haben wir das Baugebiet Finthen-Ost beantragt. Wir kritisieren aber die neoliberale Ideologie, die Wachstum um des Wachstums willen fordert. Wie Dieter Trenner, unser Fraktions-sprecher, im Ortsbeirat betonte, gilt es den hohen Wohnwert in Mainz zu erhalten. Der Wohn-Standort Mainz gewinnt aber sicher nicht an Attraktivität, wenn jedes Stückchen freier Fläche bebaut wird.

**verantwortlich:**  
**Manfred Mahle**  
**Sertoriusring 309**  
**55126 Mainz**  
**Tel. 540200**

## Autobahnanschluss „Römerquelle“ abgehakt?

**Aufgrund der aktuellen Nachrichtenlage haben wir den nachfolgenden Brief an den Bundesverkehrsminister geschickt. Eine Kopie des Briefes haben wir dem rheinland-pfälzischen Verkehrsminister, Artur Bauckhage, und dem Mainzer Verkehrsdezernenten, Norbert Schüler, zugesandt. Beide sind in dieser Angelegenheit Verhandlungspartner der Bundesregierung. Von ihnen hängt es ab, ob die richtigen Argumente beim Bundesverkehrsministerium ankommen. Deshalb haben wir sie gebeten, die Verhandlungen zu intensivieren.**

Sehr geehrter Herr Minister Stolpe,

wir sind erschrocken über die Nachricht, dass es seitens Ihres Ministeriums grundsätzliche Bedenken gibt, einen Autobahnanschluss an der Siedlung „Römerquelle“ in Mainz-Finthen zu verwirklichen. Die Argumente, die gegen einen Anschluss sprechen könnten, sind uns zwar nicht neu, nachdem das Projekt aber nur zu Gunsten des Autobahnausbaus zurückgestellt und nicht abgelehnt wurde, haben wir mit einer Ablehnung nicht gerechnet.

Finthen ist in wenigen Jahren von einem Dorf mit 6.000 Einwohnern zu einem Stadtteil mit fast 15.000 Einwohnern gewachsen. Davon wohnen rund 4.500 Menschen in der Siedlung „Römerquelle“. Im Bereich der Siedlung befindet sich außerdem eine stark frequentierte Bezirkssportanlage. Der Verkehr von und zu der „Römerquelle“ muss sich durch den dörflich strukturierten alten Ortskern zwängen, der dieser Belastung nicht gewachsen ist. Es gibt nur eine Ausweichmöglichkeit, und die führt durch den benachbarten Vorort Gonsenheim, der eben-

falls stark belastet ist. Aufgrund unserer jahrelangen Bemühungen und des Engagements etlicher Bewohner der „Römerquelle“ (die zeitweise sogar einen Bürgerbus betrieben haben) ist die Siedlung so weit es überhaupt geht an den ÖPNV angeschlossen. Doch der ÖPNV hat seine Grenzen.

Vor diesem Hintergrund ist die Verkehrsbelastung bzw. deren mögliche Verminderung seit mehr als 20 Jahren das kommunalpolitische Hauptthema in Finthen. Mit den Bürgerinnen und Bürgern sowie mit den Vertreter/innen aller Parteien sind wir uns in der Einschätzung einig, dass ein Anschluss „Römerquelle“ an die A 60 die einzige Möglichkeit ist, das Problem der unerträglichen Verkehrsbelastung zu lösen.

Seit mehr als 20 Jahren hoffen wir auf diese Lösung. Und wir hoffen nicht nur, wir arbeiten auch daran, indem wir immer wieder nach Alternativen suchen. Leider gibt es keine Alternativen.

Sehr geehrter Herr Minister Stolpe, wir bitten Sie eindringlich, die Bedenken Ihres Hauses unter dem Aspekt unserer Argumente zu überprüfen. Uns leuchtet ein, dass die Fernverkehrsrelevanz ein wichtiges Kriterium für den Bau eines BAB-Anschlusses ist, dennoch hoffen wir, die Entlastungsfunktion wird ebenso gewichtet. Dafür gibt es ja auch Präzedenzfälle.

In der Hoffnung auf eine wohlwollende Prüfung unseres Anliegens sende ich im Namen des SPD-Ortsvereins Mainz-Finthen freundliche Grüße von Mainz nach Berlin.

Manfred Mahle, Vorsitzender